

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 4,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden, monatlich. Einzelnen: die 4. gelbe Seite 0,50 Gulden, Restmonatlich 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenverträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 20

Donnerstag, den 24. Januar 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 3290.

Die Arbeiterregierung im Amt.

Die neue englische Regierung der Arbeiterpartei ist nunmehr gebildet und setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident, erster Lord des Schatzes und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Ramsay MacDonald. Vordirektor des öffentlichen Unterrichts und Führer des Unterhauses: Lloyd George. Vordirektor des Geheimen Rates: Lord Parmoor. Vordirektor: Lord Baldwin. Schatzkanzler: Snowden. Minister des Innern: Arthur Henderson. Minister für die Kolonien: J. H. Thomas. Minister für den Krieg: Stephen Walsh. Staatssekretär für Indien: Sir Sydney Olivier. Minister für das Luftwesen: General Thompson. Erster Lord der Admiralität: Lord C. H. D. B. S. Staatsminister: Sydney Webb. Gesundheitsminister: Wheatley. Landwirtschaftsminister: Noel Burton. Staatssekretär für Schottland: William Adamson. Unterrichtsminister: Trevelyan. Arbeitsminister: Tom Shaw. Postminister: Vernon Hartshorn. Kanzler für die Grafschaften: Herbert Wedgwood. Minister für öffentliche Arbeiten: Fowett. Die Übernahme der Ämter durch die neuen Kabinettsmitglieder erfolgt Mittwoch.

Von den 21 Abgeordneten des neuen Kabinetts sind acht intellektuelle der Arbeiterpartei, neun Gewerkschaftler und vier Persönlichkeiten, die teils der Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen, teils den Vertretern einer fortschrittlichen Kolonialisierung auf breiter industrieller Grundlage angehören. Thomson und Chelmsford werden wahrscheinlich in das Oberhaus berufen werden, da sie kein Mandat für das Unterhaus besitzen.

Die Minister des neuen Arbeiterkabinetts leisteten gestern bei einem im Buckingham-Palast abgehaltenen Krönung den Eid. Alle bisher neuernannten Minister sind zu einem Kabinettsrat im Downing Street zusammenberufen worden. Kolonialsekretär Thomas ist aus Staatsgründen vom Sekretariat des nationalen Verbandes der Eisenbahner zurückgetreten.

Die polnischen Sozialisten und das Kabinet Macdonald.

Eine Abordnung polnischer Sozialisten, wahrscheinlich Zulowski und Niedzialowski, werden sich nach London begeben, um dem Kabinet Macdonald ihre Glückwünsche auszusprechen.

Reform des englischen Wahlrechtes.

Die Stellung der Liberalen.

In der gestrigen Sitzung der Liberalen Fraktion des Unterhauses wurde die Ansicht vertreten, daß die Arbeiterregierung ein volles Maß von Unterstützung durch die Liberalen zu gewärtigen hat und solange die von ihr beschlossenen Maßnahmen den Traditionen und der Politik der Liberalen entsprechen und nicht die „anfechtbaren Thesen des Sozialismus“ aufwerfen, sie die Arbeiterpartei an der Macht halten würden. Außerdem wurde von den Liberalen beschlossen, einen Ausschuss zur Prüfung der Frage der Wahlreform zu ernennen. In unterrichteten politischen Kreisen glaubt man, daß dieses Problem der Umgestaltung des Wahlrechtes in nächster Zeit eine besondere Rolle spielen wird. Es wird bereits jetzt vielfach hervorgehoben, daß durch die Entziehung einer dritten großen Partei das bisherige System der relativen Mehrheit reformbedürftig sei, weil bei den letzten Wahlen viele Kandidaten gewählt wurden, ohne die absolute Mehrheit der Stimmen in ihren Wahlkreisen erlangt zu haben. Daher wird jetzt für die Einführung des Proportionalwahlrechtes lebhaft Propaganda gemacht.

Verhandlungsaussicht im englischen Eisenbahnerstreik.

LONDON, 23. Jan. (Hinter.) Im Eisenbahnerstreik ist die Lage etwas hoffnungsvoller, da der Vollzugsausschuss der Lokomotivführer beschlossen hat, die Eisenbahndirektoren anzufragen, eine gemeinsame Konferenz zur Regelung der bestehenden Streitfragen abzuhalten.

Die Streikursache.

In den wenigen Zeitungen und Zeitschriften der englischen Arbeiterpartei ist mit Erbitterung gegen den Streik der Lokomotivführer geschrieben worden. Der politische Untergrund ist eben allzu deutlich.

In „New Leader“ steht ein Führer der Arbeiterpartei, A. Brailsford, ausführlich auseinander, um was es sich handelt. Einleitend führt er aus, daß ein jeder Anhänger der Arbeiterpartei sich in den letzten Wochen geistig mit dem „großen Abenteuer“ der Regierungsbildung durch die Labour Party befaßt habe, und daß man einmütig zu der Auffassung gekommen wäre, daß drei Hauptfragen die Arbeiterregierung voll in Anspruch nehmen würden: nämlich die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und die Befriedung Europas. Und nun am Vorabend dieses entscheidenden Ereignisses sei eine Ablenkung innewerden worden, die geradezu darauf hinfiele, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neue Regierung von vornherein zu erschüttern und eine panikartige Stimmung zu erzeugen.

Brailsford sagt über den äußeren Anlaß zum Streik: Durch einen neuen Schiedsspruch des Schiedsrichters, der von allen großen Eisenbahnerorganisationen angenommen wurde, sind die Löhne des Verkehrspersonals herabgesetzt worden, wie dies in England seit Jahren von Zeit zu Zeit geschieht, weil dort die Löhnerhöhung langsam, aber stetig zurückgeht. Nur der kleine Verband der Lokomotivführer und seiner, der allerdings im Gegensatz zu früheren Regelungen dies-

mal etwas schlechter abgeschnitten hat, lehnt sich gegen den Schiedsspruch auf, obwohl nur 3 1/2 Prozent seiner Mitglieder, nämlich die Führer und Helfer der Schnellzuglokomotiven für die großen Ueberlandstrecken von dieser Benachteiligung betroffen werden sollen. Nach diesem Schiedsspruch sollen nämlich die betreffenden Kategorien eine Lohnerhöhung gegenüber den bisher geltenden Tarifen von 9 bis 23 Schilling in der Woche über sich ergehen lassen. Das würde bedeuten, daß sie im ungünstigsten Falle nur noch sechs Pfund in der Woche (als Minimallohn) beziehen würden, also etwa 120 Mark wöchentlich! Schon aus dieser Bilanz, die die dortigen Lokomotivführer so empört, daß sie in den Streik treten wollen, kann man das ganze Elend der deutschen Arbeiter- und Beamtenerschaft erkennen. Dabei muß man berücksichtigen, wenn man schon Vergleiche anstellt, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland sogar absolut höher sind als in England!

Nicht versteht man auch, warum die anderen Eisenbahnergewerkschaften diesen Streik verurteilen und warum J. H. Thomas und Cramp, Führer der größten Eisenbahnergewerkschaften, den Streik der Lokomotivführer für einen schweren Fehler und einen Schlag gegen die einfachsten Grundzüge des gemeinsamen Handelns erklären. Als Verräter an seiner Organisation wird jeder Arbeiter erklärt, der sich an dem Streik der Lokomotivführer beteiligt.

Dazu kommt noch die von Brailsford in seinem Aufsatz hervorgehobene Tatsache, daß dieses Sondervergehen einer kleinen Fachgewerkschaft dem allgemeinen Bestreben der Arbeiterbewegung nach organisatorischer und tatsächlicher Zusammenfassung aller verwandten Berufsgruppen zuwiderläuft. Auch steht durch dieses Vorgehen des Lokomotivführer-Verbandes die Zukunft der Einrichtung des staatlichen Lohnamts auf dem Spiele. Diese Einrichtung ist zum größten Teile das Werk der Arbeiterpartei, und sie hat sich im großen und ganzen bisher bewährt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Macht durch die Arbeiterpartei bezeichnet Brailsford diese Streikdrohung als einen Schlag gegen die Labour Party, schlimmer als alles, was die reaktionäre Rothemere-Presse in letzter Zeit gegen den Sozialismus in England unternommen hätte. Er schließt seinen Aufsatz mit den Worten, die nicht nur für die englische, sondern auch für die internationale Arbeiterbewegung Geltung haben:

„Wenn wir reif sein wollen für die Regierung, dann müssen wir lernen, sowohl auf gewerkschaftlichem wie auch auf politischem Gebiet unsere Aktivitäten zu überwinden, unsere Selbstsucht niederzukämpfen und uns in der Kraft und in der Partei zu organisieren für den Triumph der gemeinsamen Sache.“

Die deutsche Goldnotenbank.

Der Mitarbeiter des „Journal“, Chosalgne, der gut Beziehungen zu gewissen Persönlichkeiten der Reparationskommission hat, schreibt zu dem Kommunique der Reparationskommission, der Sachverständigenausschuss habe bezüglich der Goldnotenbank den Plan Dr. Schacht einfach angenommen. Damit die Goldnotenbank vollkommen unabhängig wird und keinen inneren und äußeren Einflüssen unterliege, solle sie ihren Sitz im Auslande, wahrscheinlich im neutralen Anlande, haben. Der Verwaltungsrat werde aus Alliierten, Neutralen und Deutschen bestehen. Das beteiligte

Unterm Joch der Militärreaktion.

Ein Brief Streckers an Ebert.

Der ehemalige Gymnasialprofessor Dr. Reinhard Streckers war in Bad Nauheim lange Jahre vor dem Krieg eine schätzenswerte Kraft im geistigen Leben der Nation. Nach dem Krieg trat er als Vertrauensmann seiner Partei, der deutschdemokratischen, als Unterrichtsminister in die Regierung Preussens ein. Später hat er sich der Sozialdemokratie angeschlossen, der er durch sein sozialreformarisches Streben längst innerlich verbunden war. In der Not seines demokratischen Gewissens und kundig der Verhältnisse Thüringens, hat Streckers diesen Brief geschrieben.

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

An der Stelle, wo Sie stehen, können Sie nicht mehr Parteimann sein, ich weiß es. Sie sollen über den Parteien die Gesamtheit des Volkes repräsentieren. Sie sollen gerecht sein gegen alle Parteien.

Aber eben deshalb kann auch Ihre Partei Anspruch auf diese Gerechtigkeit erheben. In Wirklichkeit ist es doch Ihre Partei, ist es die mehrheitssozialistische, die eheliche — vielleicht die eheliche — Trägerin der Weimarer Verfassung, die hier im Thüringer Lande auf Grund von Ermächtigungen und Verordnungen, die Ihre Unterchrist tragen, in eine verarmte Ausnahmeopposition gedrängt worden. Und in dieser unglücklichen Position sollen wir den Wahlkampf für die Republik führen!

Hätte man vom Reich aus unsern Lande die Lebensmittel, welche die Reichswehr brachte, und das Geld, welches die Reichsregierung verschlang, ohne die militärische Begleitung aufkommen lassen, so wäre das eine bessere Sicherung der Republik gewesen. Hätte man den darbenenden, wider ihren Willen Arbeiterlosen ihre bescheidenen Unterhaltungen vollständig ausbezahlt, so hätte es keine Militärangestellte und keine Gummistempel bedurft, um den Eisenacher Marktplatz frei zu halten. Wäre das Reich gegen offene Verfassungsverstöße und Mordtaten gegen attentatsfähige Geheimorganisationen in Bayern rechtlich eingeschritten, so hätten bei uns die kommunistischen Hundstößen keinen breiten Nährboden gefunden. Eine ernsthafte politische Gefahr für diese militärisch-mangelhaft disziplinierten und bewaffneten Banden auch so nicht gewesen und waren jeden-

falls in manchen preussischen Gebieten härter als bei uns in Thüringen.

Es ist in unserm Lande der Versuch gemacht worden, mit den Kommunisten zusammen zu regieren. Das Experiment mußte, so oder so, seine ergiebige Wirkung ausüben. Das Militärregiment verlor nicht nur diese Wirkung, sondern verlor sie nach bekannten psychologischen Gesetzen in ihr Gegenteil. Durch einen Reichskommissar sind angeblich Verfehlungen bei einem der sozialistischen Minister festgestellt worden. Es liegt mir fern, solche Verfehlungen, wenn sie wirklich stattgefunden haben, irgendwie in Schutz zu nehmen. Wo aber bleibt der Reichskommissar, der mit gleicher Strenge einmal in München nach dem Rechten sehen? Oder der einmal bei unseren Großindustriellen deren ganze Finanzpolitik sachkundig nachprüft? In Biele oder Bamberg oder Heides nicht vorhanden, gegen das zur Reichsverfassung in offener Opposition stehende Bayern oder gegen die der Republik lässig gefährlicher werdende Autokratie vorgehen, dann geben Sie wenigstens, Herr Präsident, Ihren Namen auch nicht mehr her für die drückende und ferrumpelnde Reichsexekutive in Thüringen.

Zum Tode Lenins.

In Moskau tagt zurzeit der Sowjet-Kongress. Als der Kongress von dem Ableben Lenins Mitteilung erhielt, verursachte diese Trauerbotschaft einen unbeschreiblichen starken Eindruck auf die Anwesenden. Die Frauen und alten Parteimitglieder brachen in Tränen aus. Der ganze Kongress stimmte eine revolutionäre Trauerhymne an. Der Kongress wurde verlagert. Der Leichnam Lenins wird in einem Ehrensarg von dem Orte Gorki nach Moskau gebracht werden. Als Grabstätte ist die Stelle unter der Geddenklaf für die Opfer der Revolution vor der Kremelmauer auf dem Roten Platz in Aussicht genommen. Die Beerdigung soll Sonnabend stattfinden. Das Sekretariat der sozialistischen Arbeiterinternationale in London hat der Moskauer Internationale telegraphisch sein Beileid anlässlich des Todes Lenins ausgesprochen.

Als die Sowjetregierung in Warschau den Tod Lenins der polnischen Regierung mitteilte, hat Grabstift sofort telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Das gleiche hat auf Anordnung des Außenministeriums der polnische Geschäftsträger in Moskau getan.

Lenins Nachfolger.

Die Entscheidung über die Nachfolgerschaft Lenins liegt bekanntlich bei dem Kongress der Union der Sowjetrevolutionäre, der am 26. Januar zusammentritt. Für die ausstehenden Kandidaten kann man Kamenew, Rykow und Stalin bezeichnen. Es ist jedoch nicht völlig ausgeschlossen, daß auch Sinowjew und Preotraschinski in Betracht kommen.

Zu den engsten Mitarbeitern Lenins gehörten Kamenew und Rykow, die seit der Verankerung Lenins, also seit über einem Jahre dessen Stellvertreter waren und für Lenin auch die Geschäfte führten. Kamenew war seit dem Jahre 1908 ein Verfechter von Lenins Lehre und hat diese Lehre auch vertreten, als Lenin längst Rußland verlassen hatte. Stalin und Rykow stehen ebenfalls seit ungefähr zwanzig Jahren in der Leninischen Bewegung. Während Rykow und Stalin in erster Linie Wirtschaftler sind, ist Kamenew, der übrigens der beste Redner Sowjetrußlands ist, mit dem bolschewistischen Verwaltungsapparat sehr gut vertraut.

Unter dem Joch der Militärreaktion.

Ein Brief Streckers an Ebert.

Der ehemalige Gymnasialprofessor Dr. Reinhard Streckers war in Bad Nauheim lange Jahre vor dem Krieg eine schätzenswerte Kraft im geistigen Leben der Nation. Nach dem Krieg trat er als Vertrauensmann seiner Partei, der deutschdemokratischen, als Unterrichtsminister in die Regierung Preussens ein. Später hat er sich der Sozialdemokratie angeschlossen, der er durch sein sozialreformarisches Streben längst innerlich verbunden war. In der Not seines demokratischen Gewissens und kundig der Verhältnisse Thüringens, hat Streckers diesen Brief geschrieben.

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

An der Stelle, wo Sie stehen, können Sie nicht mehr Parteimann sein, ich weiß es. Sie sollen über den Parteien die Gesamtheit des Volkes repräsentieren. Sie sollen gerecht sein gegen alle Parteien.

Aber eben deshalb kann auch Ihre Partei Anspruch auf diese Gerechtigkeit erheben. In Wirklichkeit ist es doch Ihre Partei, ist es die mehrheitssozialistische, die eheliche — vielleicht die eheliche — Trägerin der Weimarer Verfassung, die hier im Thüringer Lande auf Grund von Ermächtigungen und Verordnungen, die Ihre Unterchrist tragen, in eine verarmte Ausnahmeopposition gedrängt worden. Und in dieser unglücklichen Position sollen wir den Wahlkampf für die Republik führen!

Hätte man vom Reich aus unsern Lande die Lebensmittel, welche die Reichswehr brachte, und das Geld, welches die Reichsregierung verschlang, ohne die militärische Begleitung aufkommen lassen, so wäre das eine bessere Sicherung der Republik gewesen. Hätte man den darbenenden, wider ihren Willen Arbeiterlosen ihre bescheidenen Unterhaltungen vollständig ausbezahlt, so hätte es keine Militärangestellte und keine Gummistempel bedurft, um den Eisenacher Marktplatz frei zu halten. Wäre das Reich gegen offene Verfassungsverstöße und Mordtaten gegen attentatsfähige Geheimorganisationen in Bayern rechtlich eingeschritten, so hätten bei uns die kommunistischen Hundstößen keinen breiten Nährboden gefunden. Eine ernsthafte politische Gefahr für diese militärisch-mangelhaft disziplinierten und bewaffneten Banden auch so nicht gewesen und waren jeden-

falls in manchen preussischen Gebieten härter als bei uns in Thüringen.

Es ist in unserm Lande der Versuch gemacht worden, mit den Kommunisten zusammen zu regieren. Das Experiment mußte, so oder so, seine ergiebige Wirkung ausüben. Das Militärregiment verlor nicht nur diese Wirkung, sondern verlor sie nach bekannten psychologischen Gesetzen in ihr Gegenteil. Durch einen Reichskommissar sind angeblich Verfehlungen bei einem der sozialistischen Minister festgestellt worden. Es liegt mir fern, solche Verfehlungen, wenn sie wirklich stattgefunden haben, irgendwie in Schutz zu nehmen. Wo aber bleibt der Reichskommissar, der mit gleicher Strenge einmal in München nach dem Rechten sehen? Oder der einmal bei unseren Großindustriellen deren ganze Finanzpolitik sachkundig nachprüft? In Biele oder Bamberg oder Heides nicht vorhanden, gegen das zur Reichsverfassung in offener Opposition stehende Bayern oder gegen die der Republik lässig gefährlicher werdende Autokratie vorgehen, dann geben Sie wenigstens, Herr Präsident, Ihren Namen auch nicht mehr her für die drückende und ferrumpelnde Reichsexekutive in Thüringen.

Wenn eine unserer sozialistischen Zeitungen einmal ein temperamentsvolles Wort der Kritik bringt, daß in militärischen Augen geeignet scheint, die Reichswehr in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen, so wird sie ohne weiteres verboten. Tagelang darf die bürgerliche Presse Tag für Tag die Republik und ihre unbefähigten Beamten in der öffentlichen Meinung verächtlich machen, ohne daß das geringste dagegen geschieht. Es wird mit all den üblichen Methoden des einstmaligen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen uns gearbeitet, nur mit dem Unterschiede, daß heute ungeheuer Reichsgewalt und Militär sich offen hinter eine solche Kampagne stellen. Ist es unserer sozialistischen Presse der ungeschwächte Übermacht der kapitalistischen gegenüber an sich schon schwer, mit der Wahrheit durchzudringen, so wird unser geistlicher Verleumdungskampf durch diese mehr oder weniger willkürlichen Verbote nahezu unmöglich gemacht. Wir wissen schließlich überhaupt nicht mehr, was noch gesagt und was noch geschrieben werden darf, während die Gegen- teile schrankenlose Bewegungsfreiheit genießt und häufig den unritterlichen Gebrauch davon macht.

Wie vieles von den Begriffen, die auf unserer Seite geschrieben sind, erklärt sich nur aus Mangel an Routine, wo-

Er ist zum Herrscher der Rußlands geworden, — nicht weil
in seiner Klobernaß betrunkene Soldaten und flaffenbe-
richte Arbeiter des Winterpalais beieteten und Zerkens-
sauer Sinesis jenseit, sondern weil er die unverschämte und
um herbstlichste Durchschneide Verführung der letzten
Wacht der russischen Geschichte, weil er der einzige war, der
das Ausmaß seiner Trunksucht und die Tragfähigkeit seiner
Klagenbewegungen vollkommen auskostet.

Fort mit dem 10 prozentigen Steuerabzug!

Das Schreckensurteil vor dem Volkstag. — Die Verhaftungen am Wahltag. — Amnestie für politische Vergehen. — Danzig und Sowjetrußland.

Zweimal erreichten die Verhandlungen der gestrigen Volkstagsitzung eine beachtliche Höhe: einmal, als das ungeschwehene Schicksal der Verhaftungen an der polnischen Grenze zur Sprache kam, das andere Mal, als das politische und wirtschaftliche Verhältnis Danzigs zu Sowjetrußland erörtert wurde. Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung verdient noch hervorgehoben zu werden, daß nunmehr auch die Deutschnationalen aus eifrigen Gefürwortern zu Gegnern der Umfassener geworden sind. Die Sitzung dauerte über 5 Stunden, bis auf zwei Pausen wurde die Tagesordnung aufgearbeitet.

Zu Beginn der Sitzung wurde mitgeteilt, daß an Stelle des Abg. Leiding Lehrerin Fräulein Kunze (D. P.) und an Stelle des zum Senator gewählten Abg. Fuchs II Bangenwerfmeister Schulz-Prant (S.) in den Volkstag eingetreten sind. Dann erfolgte die Wahl des 14. parlamentarischen Senators. Es wurden 61 Stimmen abgegeben, davon lauteten 52 auf Direktor Vertus, eine auf den Namen Janzen, 8 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Im Anschluß daran stand die große Anfrage der Kommunistischen Partei wegen

Verhaftung von Kommunisten am Wahltag

zur Erörterung. Abg. Wisniewski (K.) führte in der Begründung der großen Anfrage aus, daß am Tage der Volkstagswahl, am 18. November, 2 Uhr nachts, auf dem Hauptbahnhof eine Anzahl Kommunisten verhaftet worden sei. Dadurch sei es unmöglich geworden, die ländlichen Wahllokale mit Stimmzetteln zu versorgen. Die ganze Aktion sei planmäßig vorbereitet gewesen, was schon daraus hervorgehe, daß eine ganze Hundertschaft Schupo bei der Verhaftung mitgewirkt habe. Die Hausdurchsuchung in der Wohnung des Abg. Raube und die persönliche Durchsuchung des Abg. Baschewski seien unrechtmäßig gewesen. Die Aktion sei nur erfolgt, um die kommunistische Arbeit am Wahltag unmöglich zu machen.

Senator Dr. Franke erwiderte, daß tatsächlich am Wahltag mehrere Personen verhaftet worden seien, die widerrechtlich Waffen bei sich geführt hätten. Die Untersuchung habe erhebliche Verdachtsmomente für das Bestehen einer unerlaubten bewaffneten Organisation ergeben. Spuren hätten auch in der Wohnung des Abg. Raube und in das kommunistische Parteibureau geführt, darum seien auch dort Untersuchungen vorgenommen worden. Eine Verletzung der Immunität läge nicht vor, da es sich dabei um die Verfolgung strafbarer Handlungen erdritter Personen handele.

Abg. Raube (K.) war mit der Erklärung des Senators nicht zufrieden. Das Vorgehen auf dem Hauptbahnhof lasse auf eine ausgedehnte Verhaftung der kommunistischen Partei schließen. Dazu würden Leute verwendet, die früher der polnischen politischen Geheimpolizei angehört hätten. Von den Verhafteten befänden sich noch drei in Untersuchungshaft. Nachdem sich alle Anklagen als unbegründet erwiesen hätten, werde nun versucht, ein Verfahren wegen Hochverrat gegen diese Leute einzuleiten. Das gegen die kommunistische Partei von seiten des Senats besondere Maßnahmen ergriffen würden, beweise ein vom Senat veranlaßtes und von Major Hornemann unterzeichnetes Schreiben, in dem die Zollbeamten aufgefordert werden, sofort dem Polizeipräsidenten Mitteilung zu machen, wenn die Einfuhr von kommunistischer Literatur bemerkt werde. Daran ergebe sich, daß die Regierung bemüht ist, die kommunistische Partei mundtot zu machen.

Wenn zwei daselbe tun.

Abg. Gen. Loops betonte, daß schon das große Schupoangebot ein Beweis für die wohlüberlegte Aktion gegen die kommunistische Partei sei. Wenn schon in der Tatsache, daß ein paar Kommunisten Schupowaffen bei sich geführt haben, die Gefahr einer illegalen Bande erblickt werde, so müsse festgestellt werden, daß der Senat in anderen Fällen weniger besorgt ist. In Danzig ist eine ganze Anzahl rechtswidriger Organisationen, die in aller Öffentlichkeit militärische Übungen veranstalten. Diesem Treiben sehe die Regierung tatenlos zu. Als die Deutschnationalen lärmend protestierten, wies Redner auf das provozierende Auftreten der Schupo in den Versammlungen der Deutschnationalen hin. Im Ritterspesshaus hätten Schupobeamte im Nebenraum ihre Uniformen mit Zivilkleidern vertauscht und sich dann unter die Versammelten gemischt. Die sozialdemokratische Fraktion verurteilte es als schärfste, daß durch das Vorgehen der Polizei den Kommunisten die Wahlarbeit fundentlang unmöglich gemacht wurde. Das Vorgehen zeige auch wenig Achtung vor der Immunität der Abgeordneten. Die Regierung habe zwar das Recht, sich gegen unzüglereiche Bewegungen zu schützen, müsse sich dabei aber in den Grenzen der Verfassung halten.

Abg. Gen. Rahn wies an Hand der Verfassung nach, daß die Auffassung des Senators Franke über die Abgeordnetenimmunität irrig ist. Es wäre besser gewesen, wenn der Senat erklärt hätte, hier liegt ein Mißgriff vor. Die Durchsuchung der Wohnung des Abgeordneten Raube und die persönliche Durchsuchung des Abg. Baschewski stehen im Widerspruch mit dem Art. 22 der Verfassung. Verschiedene deutsche Parlamente hätten sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und klare Entscheidungen getroffen. Die fortgesetzten Verleumdungen gegen die Verfassung könnten sich leicht einmal an denjenigen Parteien rächen, die jetzt in der Regierung sitzen.

Nachdem Abg. Raube (K.) erklärt hatte, daß seine Fraktion einen Untersuchungsausschuß beantragen werde, wurde die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung geschlossen.

Danzig und Sowjetrußland

Standen sich Regierung und Kommunisten im bisherigen Verlauf der Sitzung über gegenüber, so trachten die nächsten Punkte der Tagesordnung: die Anbahnung der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und Anerkennung der Sowjetrepublik eine seltene Übereinstimmung dieser beiden sonst wie Feuer und Wasser geschiedenen Elemente. Abg. Raube (K.) wies auf die Bedeutung Rußlands als Hinterland des Danziger Hafens hin, gab zahlenmäßige Belege für das Erfahren der russischen Ausfuhr und betonte, daß die Anbahnung der bürgerlichen Handelsbeziehungen mit Rußland in Dan-

zigsbeziehungen zu treten, völlig unbegründet sei. Das Eigentum der ausländischen Konzessionäre unterliege weder der Beschlagnahme noch der Requisition. Deutschland habe bereits den Stettiner Hafen für den Verkehr mit Rußland ausgebaut, an Danzig liege es nun, dafür zu sorgen, daß es nicht in das Hintertreffen gerate. Ebenso wie die wirtschaftliche sei auch die politische Anerkennung Sowjetrußlands für Danzig eine zwingende Notwendigkeit.

Senatspräsident Sahm gab folgende Erklärung ab: Die Stellung des Senats ist nach wie vor die, wie ich sie im Februar 1923 ausgesprochen habe. Auch heute noch steht der Senat auf dem Standpunkt, daß die Handelsbeziehungen zu Rußland und den weiten Bezirken für Danzig auch in der Zukunft von allerhöchster Bedeutung sind. Wir können nur bedauern, daß in dem Zustand seit meiner damaligen Erklärung keinerlei Veränderungen weder hinsichtlich der rechtlichen Art eingetreten sind. Es ist dadurch für das wirtschaftliche Danzig unzweifelhaft ein Schaden entstanden, der schwer wieder gut zu machen ist. Es sind namentlich in den Verkehrsbeziehungen, besonders hinsichtlich der Eisenbahn, sehr Bedrückungen von Konkurrenzschärfen und Städten eingetreten, die schwer wieder einzuholen sind. Wir können nur hoffen, daß hierin bald eine Besserung eintritt. Ich glaube, daß daher dem Antrag auf Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland seitens der Regierung keinerlei Bedenken entgegenzusetzen sind.

Ein russisches Konsulat

Was die politische Anerkennung Sowjetrußlands betrifft, so kann hier gesagt werden, daß der Antrag Rahn gewissermaßen offene Türen einrennt. In den meisten Fällen pflegt die Anerkennung eines Staates durch Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ausgesprochen zu werden. Da derartige diplomatische Beziehungen für Danzig direkt nicht möglich sind, so ist für Danzig nur eine Anerkennung durch Errichtung eines Konsulates möglich. In dieser Frage hat Danzig unzweifelhaft schon seit längerer Zeit den Standpunkt vertreten, daß ihm die Errichtung eines russischen Konsulates im Gebiete der Freien Stadt Danzig erwünscht ist. Die politische Anerkennung ist also, soweit sie ein vertragsmäßiges und von Rechts wegen ausfließt, bereits erfüllt. Bereits am 10. Dezember 1921 suchte mich der damalige Gesandte Sowjetrußlands in Warschau auf und fragte mich nach der Stellungnahme der Danziger Regierung zu der Absicht Sowjetrußlands, in Danzig ein Konsulat, vielleicht sogar auch ein Generalkonsulat, zu errichten. Ich antwortete ihm, daß Danzig die Absicht begrüße, vorausgesetzt, daß das Konsulat keine politische Tätigkeit entfalten würde. Das wurde vom Vertreter Sowjetrußlands verneint. Nach einiger Zeit teilte der Vertreter Polens in Danzig dem Senat mit, daß die Sowjetregierung sich mit der Absicht trage, in Danzig ein Konsulat zu errichten, und fragte gleichzeitig um die Stellungnahme des Senats in dieser Frage an. Der Senat hat an die polnische Regierung dieselbe Antwort erteilt wie dem russischen Vertreter. Ich glaube mit diesen beiden mitgeteilten Tatsachen begnügen zu können, daß die Anerkennung von Sowjetrußland, soweit es Danzig mäßig ist, bereits ausgesprochen ist, so daß eine ausdrückliche Anerkennung Sowjetrußlands nicht nötig ist.

Wenn bisher in Danzig kein russisches Konsulat errichtet worden ist, so hat das seinen Grund darin, daß Polen sich bisher widersetzt. Nachdem nun aber in letzter Zeit die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Rußland wieder aufgenommen worden sind, so dürfte auch in der Frage der Errichtung eines russischen Konsulates in Danzig eine andere Auffassung in Polen Platz greifen und damit dürfte im Interesse des Danziger Wirtschaftslebens wiederum ein erfreulicher Schritt vorwärts gegangen werden.

Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutsch-Danziger Partei dem Hauptauschuß überwiesen.

Das Haus schritt nunmehr zur Beratung des deutsch-nationalen Antrages, der vom Senat

Neuregelung der gesamten Steuerabgabe

verlangt. Abg. Böder (Dnail.) erklärte bei der Begründung des Antrages, daß die Steuern für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft eine unerträgliche Höhe erreicht hätten. Die Umschlagsteuer müsse abgeschafft oder herabgesetzt (Zuruf links: Mit einmal!) und die Steuerabgabe der Gemeinden selbstständig gemacht werden.

Finanzsenator Volkmann antwortete, daß die Vorarbeiten eines großzügigen Finanz- und Steuerprogramms seit vielen Wochen in die Wege geleitet worden seien. Die Uebergangszeit und besonders die Zeit der großen Geldentwertung hätten zu Unzulänglichkeiten geführt. Das Finanz- und Steuerprogramm werde nach Durchberatung im Finanzrat und Senat dem Volkstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Eine Uebersicht über die Lage der Finanzen würde der demnächst erscheinende Haushaltsplan ergeben.

Schluss mit dem zehnprozentigen Steuerabzug

Abg. Gen. Loops erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Grundgedanken des Antrages zustimme. Das Steuersystem des Freistaates sei auf der Inflation aufgebaut und zeige jetzt große Mängel. Werde sich aber herausstellen, daß der Antrag nur den Zweck habe, die tragsfähigen Schichten von der Steuerlast zu befreien, werde die sozialdemokratische Fraktion diesem Beginnen scharfen Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiterklasse verlange vor allem die Beseitigung des zehnprozentigen Lohnabzuges. Die sozialdemokratische Fraktion werde an der Wahrung des Steuerrechts mitarbeiten. Interessant sei es, daß nunmehr auch die bürgerlichen Kreise die Umschlagsteuer bekämpfen. Die Zugabe der verurteilten Arbeit, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Erträgen stehe. Der Senat habe es bisher unterlassen, die den Gemeinden zuzuführenden Erträge der Umschlagsteuer an diese abzugeben, wodurch die Gemeinden in Bedrängnis geraten seien, da auch die Selbstbeschäfer mit der Begleichung der Steuern Schwierigkeiten machen. Mehrere Ausführungen machte auch der Abg. Franke (D. P.). Abg. Rahn (D. P.) forderte insbesondere eine Verabfolgung der Umschlagsteuer, die das Wirtschaftsleben erdrücke. Die Debatte wurde damit geschlossen, der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Ein kommunistischer Antrag auf Umänderung des gesamten Steuersystems, wodurch alle Steuern Einkommen steuer werden, wurde von dem Abg. Buchmowski (K.) begründet. Abg. Loops (K.)

begründete einen kommunistischen Antrag auf Fortfall des zehnprozentigen Steuerabzuges. Der Durchschnittsverdienst eines gelernten Arbeiters habe im Frieden 23 Mark betragen, jetzt erhalte er 23,00 Gulden. Ein Gulden habe jetzt nur noch den Wert von 50 Pf. Ein Quantum Ware, das man im Frieden für 6,11 Mark gekauft habe, koste jetzt 18,20 Gulden. Diese Zahlen gäben einen Beweis für die trostlose Lage der Arbeiterschaft. Der zehnprozentige Steuerabzug müsse deshalb beseitigt werden.

Abg. Gen. Loops schloß, wie die kleinen Gewerbetreibenden unter der Steuerlast seufzen. Es sei deshalb nur allzu berechtigt, daß diese Personen eine steuerliche Erleichterung erfahren. Der zehnprozentige Steuerabzug müsse unbedingt fallen. Die Anträge der Kommunisten gingen der sozialdemokratischen Fraktion nicht weit genug. Im Steuerauschuß könne man über ihre Ausgestaltung beraten. Auf Vorschlag des Redners wurden beide Anträge dem Steuerauschuß überwiesen.

Forderung nach einer Amnestie

Die Amnestiegesetzentwürfe der kommunistischen und der sozialdemokratischen Fraktionen wurden gemeinsam beraten. Abg. Rezkowski (K.) forderte Amnestie für sämtliche Vergehen, da sie in der großen Mehrzahl durch die wirtschaftliche Not verursacht seien.

Abg. Gen. Dr. Kammler führte in der Begründung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, der eine Amnestie für politische Vergehen forderte, aus, daß man keine Gelegenheit vorübergehen lassen dürfe, um die politische Atmosphäre zu entspannen. Ein Amnestiegesetz könne dazu viel beitragen. Politische Vergehen und Verfehlungen erforderten eine besondere Beurteilung. Redner erinnerte an einzelne Episoden des vergangenen Wahlkampfes, insbesondere an den Zusammenstoß zwischen Dr. Zisch und Dr. Slawer. Durch die beantragte Amnestie solle auch der Rahn-Schmidt-Prozess erledigt werden, der ein dunkler Punkt für den ersten Volkstag und kein Ruhmesblatt für die Rechtspflege sei. Abg. Wendt (Dnail.) sprach sich gegen den kommunistischen Antrag aus. Der sozialdemokratische Antrag möge im Rechtsauschuß näher erörtert werden.

Schreckens-Tunja

Abg. Gen. Loops betonte die Notwendigkeit einer Amnestie unter Hinweis auf das ungeschickliche Urteil des Schurgerichts über freilebende Landarbeiter. Seine warmherzigen Ausführungen fanden ein aufmerksames Haus. Der deutschsozialistische Abg. Maier, der an diesem Vorfalle, der nur durch das provozierende Verhalten der Schupo hervorgerufen wurde, beteiligt war, sagte kein Wort zu seiner Verteidigung. Wir kommen noch darauf zurück. Der kommunistische Amnestiegesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutsch-Danziger Fraktion und der Deutschsozialen dem Rechtsauschuß überwiesen. Die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrages an den Auschuß erfolgte einstimmig.

Der deutschnationaler Antrag, der die Regierung um die Vorlage eines Beamten- und Pensionsgesetzes ersucht, wurde nach kurzer Begründung durch den Abg. Bürgerle (Dnail.) einstimmig angenommen. Das Haus hatte anfangs die Absicht, die gesamte Tagesordnung zu erledigen. Infolge der vorgerückten Zeit, es war 14 Uhr geworden, wurden die beiden letzten Punkte vertagt. Dem Präsidenten wurde überlassen, die nächste Sitzung anzubekunden.

Das Kapital für die Währungsbank gezeichnet

Wie schon gestern Senator Dr. Volkmann im Volkstage mitteilte, ist die Aufbringung des Danziger Anteils am Aktienkapital der Bank von Danzig aus eigener Kraft möglich gewesen. Dieser Anteil übersteigt 70 Prozent und beträgt mehr als 5 Millionen Gulden. Nach dem Genser Übereinkommen zwischen Danzig und Polen über die Währungsreform in Danzig hat eine Gruppe von polnischen Banken, welche ihren Sitz in Danzig haben, das Recht einer Beteiligung an dem Kapital der Bank von Danzig. Auch dieser polnische Anteil, welcher etwas über 2 Millionen Gulden beträgt, ist inzwischen aufgebracht worden. Das Genser Übereinkommen sah vor, daß die Beteiligung der polnischen Banken, welche das Recht auf Beteiligung haben sollten, durch ein Zusatzabkommen erfolgen solle. Ein solches Zusatzabkommen ist gestern vom Senat mit dem diplomatischen Vertreter Polens abgeschlossen worden. Hiermit sind zur Beteiligung zugelassen die sechs größeren Banken, welche in Danzig eine Niederlassung haben. Durch dieses Zusatzabkommen wird die gemeinsame Arbeit an der Bank von Danzig durch Danziger und polnisches Kapital gefördert werden und günstige Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Bank von Danzig auch nach der Richtung auf Polen hin gegeben sein.

Im Beamtenabbau ist im Volkstag folgender Antrag eingebracht: Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, Richtlinien vorzulegen, aus denen ersähen werden kann, nach welchen Grundsätzen der Personalabbau bisher durchgeführt ist und weiterhin beabsichtigt wird. Zur Erzielung wirklich durchgreifender Ergebnisse in der Verwaltung auf personellem Gebiet ist nicht ein schematischer Abbau nach einer einfachen Prozentrechnung, sondern in erster Linie ein Aufgaben- und Dienststellen-Abbau, also eine Verwaltungsreform, ins Auge zu fassen.

Das Kinder- und Waisenhaus Personen soll, da der bisherige Vorsteher, Kommerzienrat Sieg, eine Wiederwahl abgelehnt hat, in der Person des Kaufmanns und Fabrikbesizers Alfred Wad einen neuen Vorsteher erhalten. D. ist von den Vorstehern der Anstalt vorgeschlagen und soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 31. Dezember 1927 gewählt werden.

Glückwünsche des Danziger Hafens. Ein etwa 500 Meter breiter Eisgürtel lagert vor der Hafeneinfahrt und sperrt jeden Dampferverkehr. Der dänische Dampfer "Pancholm" und der deutsche Dampfer "Eduard Sauter" mußten den mehrstündigen Versuch, durch den Eisgürtel durchzukommen, aufgeben und wieder an der Einfahrt festmachen. Der Dampfer "Niels Ebbesen" liegt im Eisgürtel fest. Mit dem Eisbruch ist durch die Eisbrecherdampfer begonnen worden. Die Köchellen, Palskau, Schöneberg, Rote Rube und Schöndamm sind nur für Personenbeförderung zugänglich. Das Eis treibt infolge des Nordostwindes immer aus der Mündung ab.

Der Schmalzpreis.

Schon in Vorkriegszeiten wurden etwa 95 Prozent des deutschen Bedarfs an Schweinefleisch aus dem Auslande, b. v. vorwiegend aus Amerika, bezogen. Andererseits bildete die Ausfuhr nach Deutschland für die Chicagoer Schlachthäuser und Vorkriegsfirmen einen lohnenden Geschäftszweig. Deutschland nahm den größten Teil der für den Export freien amerikanischen Produktion auf.

Aus alledem hatte sich die Situation herausgebildet, daß die Ausnahmefähigkeit und Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes von nahezu von ausschlaggebender Bedeutung für die Preisbildung in Chicago war. Nach der Unterbrechung durch den Krieg, in dem die amerikanische Erzeugung in großem Umfang für die Ernährung der Ententeheere mobil gemacht wurde, fehlte das alte Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika mit überwachender Schnelligkeit zurück.

Im vorangehenden Jahre nun gestaltete sich, wie wir der „Welt“ entnehmen, die wirtschaftliche Lage Deutschlands derart kritisch, daß zunächst die deutsche Ernährung in eine verunsicherte Relation zu den Vorräten anderer Länder nicht mehr zu bringen war und schließlich praktisch ganz auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen war. Die deutschen Einfuhren mußten mit fremden Devisen bezahlt werden und kamen, als diese immer knapper wurden, hart zu Strafen. Es ist nun interessant, zu beobachten, wie die ankommende deutsche Kaufkraft auf den Chicagoer Schmalzmarkt einwirkte. In der Tat machte sich vom März an ein langsames und ständiges Sinken der Notierungen bemerkbar, das bis Anfang August dauernd und den Preis von 31,75 Dollar (pro 100 Lb. ab Hamburg) auf 27,25 Dollar herabdrückte. Aber dieser

niedrigste Stand des vorigen Jahres dauerte nur wenige Tage.

Noch in der ersten Augustwoche setzte ein völliger Preisrückgang ein, der den Preis bis zu Ende des Monats auf 21,90 Dollar emporschnellen ließ. Hatte man in Deutschland in Anbetracht der geschilderten Verhältnisse gehofft, daß diese Preise nur vorübergehend sein würden, da der amerikanische Schmalzabsatz infolge der von Tag zu Tag schwierigeren Devisenlage Deutschlands immer mehr ins Stocken geraten mußte, so zeigte die weitere Entwicklung, daß man sich geirrt hatte. Die Schmalzpreise stiegen unausgesetzt weiter, und zwar (im Monatsdurchschnitt) im September auf 33,75 Dollar, im Oktober auf 34 Dollar und im November auf 35,85 Dollar, um erst zum Schluss des vorigen Jahres um ein geringes auf 35 Dollar wieder zurückzugehen.

Diese Preisentwicklung in der zweiten Hälfte 1923 steht im offenen Widerspruch zu allen bisherigen Erfahrungen. In der Tat waren es auch besondere Gründe, die es den Amerikanern ermöglichten, trotz der rückläufigen Kaufkraft ihres besten Kunden, die Schmalzpreise so bedeutend hinaufzuschrauben. Einmal war es natürlich, daß man dieselben danach trachtete, durch die Ausnahmefähigkeit des eigenen Landes Ersatz für den Ausfall europäischer Kundenschaft zu finden. Dieser Versuch scheint denn auch, vermittels infolge geistlicher Propaganda, zu einem Erfolge geführt zu haben. Von ungleich größerer Bedeutung war aber, daß plötzlich und unerwartet schon im August 1923 England als Schmalzkäufer allerersten Ranges auftrat und bis zum November enorme Mengen an sich zog.

Diese früher nie beobachteten riesigen Schmalzkäufe Englands haben großes Aufsehen erregt. Dies um so mehr, als gleichzeitig auch von Schweden nennenswerte Partien

aus dem Markt gezogen wurden, so daß die Vermutung nahe lag, daß zum mindesten ein erheblicher Teil der schwedischen Kühe ebenfalls für die englische Rechnung erfolgte. Denn es ist bekannt, daß auch deutsche Importeure in den Hafenstädten im Interesse englischer Käufer als Haffänger tätig waren. Für die Anschaffungen läßt sich eine Erklärung insofern finden, als die ungünstige wirtschaftliche Lage Englands einen Teil seiner Bewohner zwang, gleichzeitig ihre Ansprüche an die Lebenshaltung herabzusetzen und mehr Schmalz an Stelle der teuren Butter zu konsumieren. Dagegen spricht aber die große Dast und Eile, mit der man diese Maßnahme durchführte. Wurden doch ganze Schlachtabzüge unterwegs umdirigiert und nach englischen Häfen, wie ursprünglich vorgesehen, nach deutschen Häfen beordert. Auch die großen Quantitäten sprachen dafür, daß das amerikanische Schmalz nicht zur Deckung ausenländischen Bedarfs, sondern für Vorratssammlungen bestimmt war. Die Annahme hat also entschieden etwas für sich, daß diese Käufe auf Veranlassung und Rechnung der englischen Regierung erfolgten, welche das Schmalz zu Zwecke der Ernährung von Meer und Marine einlagern ließ.

Wichtig für uns ist die Tatsache, daß England durch diese Anschaffungen die monopolartige Stellung Deutschlands als Käufer des amerikanischen Schmalzes erschüttert hat. Ob es sich hierbei um eine vorübergehende Erscheinung handelt, oder ob man letztlich des Handels sich mit der Absicht trägt, dauernd amerikanischen Schmalz ins Land zu ziehen, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls wird von der Entscheidung dieser Frage das Verhalten des Chicagoer Marktes hinsichtlich der künftigen Preisbildung erheblich beeinflusst werden. Der momentane, noch hart unter dem Eindruck der englischen Käufe stehende Preis von etwa 35 Dollar, ist jedenfalls reichlich hoch.

BERGFORT

Holzspeditions- und Lager-Gesellschaft
m. b. H., Danzig

Holzlagerplätze in Weichselmünde u. Strohdolch
m. eigenen Gleisanschlüssen u. eigener Kaimanlage

Hauptkontor: Danzig, Langgarten 47
Telegr.-Adr.: Bergfort u. Telefon 144, 5601, 5857

Lagerung von Hölzern aller Art.

Handelshaus B. KRYGIER

Zentralbureau: Warschau, Hortensja 6 — Filiale Danzig, Am Jakobstor 5/6
Telefon Nr. 1318

Waldexploitation • Holzindustrie und Holzexport

Internationale Bank

Aktien-Gesellschaft

Langgasse Nr. 67

Währungskonten

Guldenkonten

Günstigste

Verzinsung

für alle Einlagen

Torpedo

Schreibmaschinen
neue und gebrauchte
vom hiesigen Lager sofort lieferbar
Otto Siede, Neugarten 11

Syndikat der Holzindustriellen Danzig-Pommerellen G.m. & Co.

DANZIG

Drahtanschrift: Holzsyndikat Danzig

Hauptbüro: Danzig, Hansaplatz Nr. 3

Telefon 3871, 6897

Abt. Kaiserhafen — Telefon 3133

Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art.

Internationaler Warenaustausch

DANZIG

Langgasse 87

W

Aktiengesellschaft

Telegramme: Iwatausch Danzig — Fernsprecher: Notamt Nr. 6860, 6861

Lebensmittel-Großhandlung S. Wreszynski & Co.

Aktien-Gesellschaft

DANZIG

Töpfergasse 321

Tel. 1386, 5138, 447, 469, 1208, 5973

Telegramm-Adresse: „VILDOLE“

Ch. Lewin, Holzgroßhandlung

IMPORT • EXPORT

Danzig, Neugarten Nr. 35

Telefon 6705 u. 3107 — Tel.-Adr.: Nibel Danzig

Filiale: Brestlitowak, Topolewa

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

C) Danziger Vorortverkehr

Danzig-Neufahrwasser.

Ab Danzig: 1200, 130, 522 W, 542, 625 W, 645, 735 W, 836, 938, 1110,
1215 130, 230 W, 240, 330, 343, 420, 440, 543, 645, 745, 843, 943, 1042.

Ab Neufahrwasser: 220, 422, 522, 615, 638 W, 725, 806 W, 906,
1008, 1204, 1245, 130, 230 W, 310, 350, 415, 480, 515, 618, 715, 815, 915, 1015, 1115.

Danzig-Praust.

Ab Danzig: 411, 452 W, 502, 521 W, 647 W, 850, T 1000, 1215, 134,
206, T 315, 400 W, 415, 640, T 825, 940, T 1042.

Ab Praust: 452, 520 W, 612 W, 715, 815 W, 900, 1024, T 1100, 1240,
210, T 350, 420, 442, 601, 720, 902, T 944, T 1142.

A. Eycke
Kohlen-Import
Burgstraße 14/15 Fernruf 233
Spezialität: la. oberschles. Kohlen und Koks ab Lager

Z. Webelmann, Danzig

Kürschnergasse 2

Bankgeschäft

Tel. 2732, 6278, 6622 u. 6623. Telegr.-Anschrift: „Webank“

Holzgroßhandel Heynen & Co., Kommandit-Gesellschaft.

Fernsprecher 5111 und 6013

Danzig, Böttchergasse 23/27

Fernsprecher 5111 und 6013

Sägewerk :: Export in Rundholz, Schnittmaterial, Sleepers und Schwellen

Acla-Treibriemen, sowie Maschinen- und Zylinder-Oele

liefert prompt

Telephon 739 Rheinische Maschinenleder- u. Riemenfabrik von A. Cahen-Leudesdorf & Co., Aktiengesellschaft Telephon 739

Zweigniederlassung Danzig: Acla-Haus, Mühlkannengasse 9.

Bank der Holzindustrie des Ostens

A.-G.

Danzig, Langer Markt 15

Fernsprecher Nr. 6043, 6804, 6805.

Akkreditiv :: Devisen :: Effekten :: Währungskredite

Gebrüder Mazur & Co.

Danzig

Dominikwall Nr. 10

Tel. 1158, 3653, 5261

Telegr.-Adresse: „Mazurka“

Lebensmittel, Reis, Mehl,
Schmalz, Kolonialwaren

Danziger Commerz- u. Depositenbank

Aktien-Gesellschaft

Langgasse 48-49

Jewelowski-Werke ♦ Aktiengesellschaft

Holz-Import

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE 98
Telephon: 3870, 5490-5495 :: Telegramm-Adresse: Dapoholz

Holz-Export

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischofswerder), Wierzchucin (Lindenbusch), Osle (Ofche), Saueremühle

Die Internationale der Erziehung.

In fast allen stiller Selbstverständlichkeit, von der breiten Öffentlichkeit wenig oder gar nicht beachtet, ist in Hannover die Internationale der Erziehung ins Leben getreten. Damit ist das organisierte Verstehen einer Bewegung geschaffen, die, unferlig noch wie alles werdende, aber doch in den Umrisen schon klar erkennbar, das zum Bewusstsein seiner selbst erwachte Proletariat aus sich heraus geboren hat, um dadurch den sichersten Träger der Zukunft in das Gebäude seiner wachsenden Macht einzuziehen.

Aus den Jahren revolutionärer Krisen, aus einer Zeit sich überschlagender Sozialisierungsforderungen und entschwindender Sozialisierungsbedingungen hat die Arbeiterbewegung der Welt das eine klarer als bisher gelernt: die neue Kultur, als deren Wegbereiterin sie sich fühlt, bedarf neben einer anderen Wirtschaftsform auch anderer Menschen, als sie die kapitalistische Erbschaft des verfallenen Jahrhunderts weiterhin schafft. Die allmähliche Umgestaltung der Wirtschaft und eine allmähliche Erneuerung der Erziehung müssen Hand in Hand miteinander gehen und in beständiger Wechselwirkung der werdenden Kultur die Wege ebnen. Nur so führen wir das sozialistische Ideal aus den Wolkenbüden wirtschaftstheoretischer Konstruktionen und kultureller Ideen auf den festen Boden der Wirklichkeit.

Organisatorisch brückte sich dieser Gedanke dadurch aus,

daß die Sozialistische Erziehungsinternationale auf dem Boden der wirtschaftlichen und der politischen, der Arbeiterbewegung und der Londoner Internationale aufgebaut ist. Und dieselben Grundsätze, nach denen jene beiden Internationales den Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse führen, geben auch die Richtung für den Kampf um eine Neugestaltung der Erziehung. Noch ist die Schule überall ein Instrument der herrschenden Klasse. Aber der wachsende politische Einfluß der Sozialdemokratie — durch eine Periode des reaktionären Rückfalls nur kurzfristig unterbrochen — gibt der Arbeiterschaft gesteigerte Möglichkeiten der unmittelbaren Anteilnahme an ihrer allmählichen Umwandlung. Die politische Einflucht sozialdemokratischer Kulturarbeit wird sich nicht in Verkrümmungsforderungen erschöpfen, sondern die gegebenen Gelegenheiten positiver Mitwirkung anzuschöpfen verstehen.

Daneben aber — und hier steht das ureigste Arbeitsgebiet der „Kinderfreunde“ ein, die sich nunmehr zur Sozialistischen Erziehungsinternationale zusammengeschlossen haben — muß die Arbeiterklasse endlich verstehen, die Erziehung ihrer Kinder selbst in die Hand zu nehmen. Je mehr ihr diese Erziehung in der Zeit einer durch den Kapitalismus herbeigeführten Zerkürung der alten Familie entzogen ist, je weniger die proletarische Familie in ihrer heutigen Gestalt in der Lage ist, ihre Kinder wirklich im Hause zu „erziehen“, um so notwendiger wird es, daß sie

ihre Kinder nicht weitenhin loslos den Gefahren der Straße oder der klassenfeindlichen Beeinflussung durch bürgerliche Erziehungsinstitutionen und Wohlfahrtsvereinigungen überläßt. Wie schon längst im wirtschaftlichen Kampf, so soll nun endlich auch hier auf dem Gebiete der Erziehung, der Fürsorge, der Pflege und Wohlfahrt die Selbsthilfe das Vertrauen auf fremde Hilfe ersetzen.

Draußen, in der Welt, die auf Selbstsucht aufgebaut ist, und ohne Selbstsucht und rücksichtslosen Kampf um das Dasein ihren Sinn verlieren würde, wird noch ein Menschenalter oder länger der Mensch zum Feinde des Menschen, zum Egoisten erzogen werden. Hier, in den Kindergruppen der proletarischen Erziehungsorganisationen wird das heranwachsende Geschlecht allmählich den Sinn der Gemeinschaftsarbeit und das Glück der Gemeinschaftsgegnung, der gegenseitigen Hilfe, begreifen lernen und innerlich gefestigt als wir in die Welt des Egoismus und einer ungerechten Wirtschaftsordnung hineintreten, innerlich gefestigt, mit offenen Augen und mit klarer Erkenntnis den Kampf gegen annehmen, als das Proletariat der Gegenwart. Nicht soll es „zum Klassenkampf erzogen“ werden, nicht soll der Erzieher im Auge den jugendlichen Klassenkämpfer sehen. Kommunistischer Erziehung zur Milderung jugendlichen Selbst, zur urteillosen Nachbetung eingelernter Doktrinen setzen wir die bewußt freie Entwicklung kindlicher Fähigkeiten, die Erziehung zum selbständigen Denken entgegen.



Götze-Tafel-Essig

H. Thalberg & I. Rubinowitch, Danzig

Melzergasse 4

Export u. Import u. Vertretungen
Abteilung I: Holz, Holz, Leinwand, Quaderholz
Abt. II: Metalle: Zinn, Zink, Kupfer, Blei, Farben
Ständiges Transit-Lager

H. Berneaud

Königsberg · DANZIG · Stettin

Tel.-Adr.: Berneaud Danzig :: Telefon 40, 3340
Gegründet 1868

Herings-Import und Export

Am
Winterabend

Götzen-

Punsch

L. Luchtenstein, Danzig-Langfuhr

Jäschkentaler Weg 14/15

Dampfsäge- u. Hobelwerke :: Holzgroßhandlung :: Export

S. A. Hoch · Danzig

Danzig, Johannsgasse 29/30

Gegründet 1868 :: :: Telefon 213

Alteisen — Metallhandlung — Nutzeisen

Danziger Zündwaren-Fabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Danzig, Scheilmühl

Fernsprecher Nr. 221

Hansa-Sicherheits-Zündhölzer
— Flammen-Hölzer —

Albert Kuh G.m.b.H.

Telefon 3179, 1855, 5281, 5697

— Getreide — Hülsenfrüchte — Saaten —

Propaganda-Drucksachen

Liefert prompt, sauber und billig

J. Gehl & Co., Danzig

Am Spandham 6

Marcus Becker Hopfengasse Nr. 91

Werkzeug: Maschinen: Transmissions: Pumpen: Hebezeuge



Dieses Flachpakt

findet im modernen Büro
häufige Verwendung

Orga-Werke

Carl Ernst Harbat

Töpfergasse

Nähe Haupt-Bahnhof

L. Lankoff

Carl Ernst Harbat

2. Damm 7-8

Vorst. Graben 12-14

Langfuhr, Hauptstr. 28

3126

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Meinerschutz!

Ohne Gewähr!

(F) Danziger Fernverkehr

Danzig (Marienburg) — Könitz — Berlin und zurück.

6⁰⁰, 10⁰⁰, — D., — D., 11⁰⁰, — E. ab Danzig an 11⁰⁰, 11³⁰, — D., — D., — E.
— — 11³⁰, 12⁰⁰, 12³⁰, ab Marienb. an — — 5⁰⁰, 5³⁰, 6⁰⁰, 10⁰⁰,
10³⁰, 5⁰⁰, 5³⁰, 7⁰⁰, 11⁰⁰, 11³⁰, an Berlin ab 12⁰⁰, 6⁰⁰, 9⁰⁰, 5⁰⁰, 10⁰⁰, 11⁰⁰.

Danzig — Stettin — Berlin und zurück.

7⁰⁰, 11⁰⁰, — D., — D., ab Danzig an 12⁰⁰, 5⁰⁰, 1⁰⁰,
10⁰⁰, 7⁰⁰, 4⁰⁰ ab Stettin an 10⁰⁰, 10³⁰, 12⁰⁰,
1⁰⁰, 5⁰⁰, 5³⁰ an Berlin (Stettiner Bahnhof) ab 6⁰⁰, 8⁰⁰, D., 5⁰⁰.

Danzig — Marienburg — Königsberg und zurück.

10⁰⁰, 3⁰⁰, 6⁰⁰, 1⁰⁰, 6⁰⁰, — D., ab Danzig an 11⁰⁰, 11³⁰, 3⁰⁰, 6⁰⁰, 9⁰⁰, 1⁰⁰,
3⁰⁰, 5⁰⁰, 9⁰⁰, 7⁰⁰, 9⁰⁰, an Marienb. ab 8⁰⁰, 9⁰⁰, 12⁰⁰, 2⁰⁰, 7⁰⁰, 11⁰⁰,
2⁰⁰, 6⁰⁰, 10⁰⁰, 5⁰⁰, 10⁰⁰, 11⁰⁰, an Königsb. ab 7⁰⁰, 9⁰⁰, 11⁰⁰, 1⁰⁰, 6⁰⁰, 9⁰⁰,
2⁰⁰, 7⁰⁰, 1⁰⁰, 9⁰⁰, 11⁰⁰, —, an Königsb. ab — 7⁰⁰, 7⁰⁰, 11⁰⁰, 2⁰⁰, 6⁰⁰.

M. Slaweit & Co. Ltd

LONDON — DANZIG

Hoizexport

Melzergasse 4

Tel. 787-1474

Dr. Ing. Richard Abraham

DANZIG, Dominikswall 4

Bauausführungen

Sägewerk mit Gleisanschluss □ Holzlageplätze □ Spedition

White Star Line

and

White Star Dominion Line

Regelmäßige Dampferverbindungen von

Southampton-New York

Liverpool-New York

Liverpool-Halifax und Quebec

Liverpool-Boston-Philadelphia

Danzig-Hamburg-Halifax-New York

via Southampton und Cherbourg

sowie nach allen Hafenplätzen der Welt

Danzig, Töpfergasse 31-32

Tel.-Adr.: Olympic

Telefon 5875 u. 7292

Geschäftsstunden 9-1, 2-5
und Auswandererlager

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandels-Gesellschaft

Zentrale: DANZIG, Brücklicher Weg 15 :: Fernsprecher: 2039 u. 3447

— m. b. H. —

Filiale: KATTOWITZ, Querstraße 2 :: Fernsprecher: 488, 489, 490

Bleche, Voll- und Feldbahnmateriale, Alteisen, Almetalle, Stab- und Formeisen, Eisenbleche, Draht und Drahtstifte, Gasröhren, Hufeisen, Zinkbleche

Hirschfeld & Sohn · Filiale Danzig

Fernsprecher Nr. 2470, 2657

Altstädtischer Graben Nr. 4

Telegr.-Adresse: Pitprops

Liban, Riga

HOLZ-EXPORT

Windau, Reval

Holzindustrie Leon Aitrachan Akt.-Ges.

Eigene Wälder in Polen :: Eigene Sägewerke in
Polen und Danzig :: Export nach dem Ausland

Wiley, JOHN F. 1914-1915

Ein Kampf um die Kalipreise. Der Reichskalttrat hat am 4. Januar 1924 eine erhebliche Preisreduzierung beschlossen, um durch billigere Preise den Absatz an Dingelhalzen zu steigern und die harte Geschäftslage zu überwinden. Bis jetzt ist diese Preisreduzierung fast ohne jede Wirkung geblieben, weil die Landwirtschaft, besonders der mittlere und der kleine Bauer, nicht über genügend flüssige Mittel verfügt, um den notwendigen Bedarf zu decken. Die Landwirtschaft verlangt deshalb einen weiteren Preisaufbau und wird in diesem durch einen Teil der Kaltindustrie, der über rentable Werke verfügt und weil unter den jetzigen Preisen tiefer kann, unterstützt. Die Antragsteller begründen ihren Wunsch nach weiterer Ermäßigung der Kalipreise mit der eingeleiteten Ermäßigung der Frachten und der vorgenommenen Kohlenpreisreduzierung. Demgegenüber erklärt das Kaltindustrieamt, daß keine Aussicht auf weitere Ermäßigung der Preise vorhanden ist. Die neuen Kaltwerke decken nicht die Selbstkosten zahlreicher Kaltwerke. Sie seien lediglich eingeführt worden, um die Absatzschwäche zu beseitigen und im Interesse der Volksernährung die Landwirtschaft wieder zu veranlassen, ihre Acker zu düngen. Angesichts der Gefahr, daß die Frühjahrsernte in Deutschland ohne die nötige Düngung erfolgt, ist der Streik um die Kalipreise von allgemeiner Bedeutung.

Deutsche D.-Zug-Wagen für Chile. Die Pfenk-Hofmann-Paachhammer A.-G. (AGG.-Konzern) liefern jetzt 47 sogenannte Pullmann-Wagen (D.-Zug-Wagen erster Klasse) über Hamburg nach Chile ab. Der Auftrag wurde vor

Schiffbau in Italien. Aus Italien wird berichtet, daß die Navigazione Libera Triestina drei große Frachtdampfer bei der Werft Stabilimento Tecnica bestellt hat. Der größte Dampfer wird mit Turbinen ausaerüstet. Er wird eine Ladefähigkeit von 9000 Tonnen besitzen, 411 Fuß lang, 54,6 Fuß breit sein. Die beiden anderen Dampfer erhalten Tripleexpansionsmaschinen und werden 395 Fuß lang, 54,6 Fuß breit und eine Tragfähigkeit von 8700 Tonnen besitzen. Eine andere Werft, die Cantiere San Rocco in Viuggia hat einen Bauauftrag für ein Noterschiff von 11 000 Tonnen von einer italienischen Reederei erhalten.

Verkauf von Amerikas Staatsschiffen. Die aus New York gemeldet wird, will die amerikanische Regierung die Bedingungen für den Verkauf der Staatsschiffe geheimhalten, um die amerikanischen Käufer zu schützen. Das Shipping Board erklärt diese Handlungsweise für berechtigt, weil die britischen Heeder eine vernünftige Konkurrenz planen.

Bessere Schiffsahrtsaussichten 1924. Nach einer Meldung aus London bemerkt „Morning Post“, daß das Jahr 1924 mit einem vielversprechenden Frachtenmarkt begonnen hat. Nach langer Zeit sah völligen Stillstands finden die Reedereien jetzt Beschäftigung für ihre Liniengeräte. „Daily Telegraph“ bemerkt, daß die Lage im Frachtenmarkt jetzt bedeutend freundlicher als früher ist. Selbstverständlich handelt es sich nicht um irgendeinen bevorstehenden „boom“.

in der Schifffahrt, es herrscht aber unabweifelhaft eine mehr optimistische Atmosphäre. Royal Mail hat 210 000 T. Dampfer in Belfast bestellt, doch soll mit dem Bau erst später begonnen werden.

Heime für alleinstehende Frauen in England. Das englische Gesundheitsamt ist durch die beratende Wohnungskommission auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, bei der großen Wohnungsnot in London und den übrigen großen Städten Heime für selbstverfügende, alleinstehende Frauen (Lehrerinnen, Krankenpflegerinnen, Sekretärinnen, Kontoristinnen und so weiter) einzurichten. Die Wohnungskommission, die auf diesen Vorschlag eingegangen ist, und eine ungeheure Nachfrage voraussetzt, rechnet dabei mit direkter oder indirekter staatlicher und kommunaler Unterstützung. Aufnahme sollen arbeitende Frauen aller Berufsclassen finden, die eine wöchentliche Einnahme von 25 Schilling bis 4 Pfund Sterling haben. Vorgeschlagen sind zwei Arten von Heimen: solche mit kleinen abgeschlossenen Wohnungen, die ungefähr Platz für 200 Personen bieten, mit Zimmern für eine und mehrere Personen, wie auch kleine Pökaltäten, die je zwei Frauen miteinander teilen sollen. Für einige dieser Heime plant man die Einrichtung von Kaffeehäusern, die außer den Hausbewohnern noch fremden Gästen zugänglich sind. Man verspricht sich von letzterer Einrichtung eine wichtige finanzielle Beihilfe. Die Miete für die Wohnungen wird sich nach der Lage der gewünschten Bequemlichkeit richten. Große Sorgfalt soll auf die Wahl des Vorstandes dieser Heime gelegt werden, besonders aber auf die persönlichen Qualifikationen der Vorsteherin.

M. S. H. DANZIG
Telefon: Nr. 314, 6436 Brothänkengasse Nr. 26 Tel.-Adr.: „Dankro“
Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso
Die besten Verbindungen mit Speditionsfirmen an
jedem Handelsplatz im In- und
Auslande



Danzig * Bydgoszcz

Oddział w Gdańsku
== Reitbahn 18 ==

Telephon Nr. 3698, 3699, 7297
Telegramm-Adresse: Bank war.

Polische Bahnyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe S. m. k. H.
Danzig, Breitgasse 22/23
 Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Tel.: 3255, 3960, 3961, 3962, 5422
Eigene Kesselpeicher sowie große Lager für Holz, Stück- u. Massengut

== Aktiengesellschaft ==
Milchkannengasse 28-29

Danzig, H. Damm 18
Telephon Nr. 3809, 3340
Lagerplatz und Sägewerk: Weichselmünde - Tel. 3715
Telegr.-Adr.: Holzwaren Danzig
Speziation u. Lagerung v. Hölzern aller Art - Lehnkamin

HOLZ-GROSSHANDLUNG
Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19
Telefon 3661 • Teleg.-Adr.: Holzbirkenfeldt

**Danziger Möbelindustrie und
Holzbearbeitung A.-G.**

DANZIG

 Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen
Textilwaren-Grosshandlung.

Textilwaren-Großhandlung

DANZIG
Fernsprecher 3430 - Jopengasse 24

(E) Danziger Fernverkehr.

Danziger Fernverkehr.

Dannig Hbf.—Dirschau und zurück.

Danzig ab 320, + 90, 60, 100, + 10, 10, W30, D50, D50, 70, D50,
50, 50, 100,
Danzig an 40, +, 70, 110, +, 20, W30, D50, D70, 50, D50,
60, 90, 110,
Danzig ab 120, 40, W30, +, D70, 70, D50, 00, 00, D100,
10, +, 50, 00,
Danzig an 10, 00, W70, +00, D50, 00, D50, D50, 110, D100,
50, +30, 70, 00,

Darzig-Hohenstein-Berent

Drawn at 27, 28, 14, 74 Bored at 42, 30, 120, 200

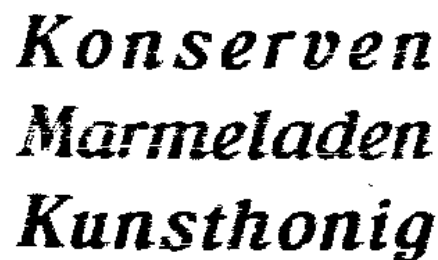
Es folgen: D-D-Tag, I-Hilfungen, I-Fest am 16. September

Language Mr. 25.27

En gros	::	Export
----------------	-----------	---------------

Spezialität: Damen-Kleiderstoffe und Volles

Generalbevollmächtigte für
M. SIEG & CO., Berlin



Delos . . ohne Mundstück
2 Guldenpfennig
Roland . Gold
3 Guldenpfennig

Bon ton Gold
5 Guldenplennig
Minos Gold
7 Guldenofennig

sind die beliebten Marken der

Zigarettenfabrik „Hellas“

Figure 6. The effect of the concentration of the inhibitor on the rate of polymerization of styrene at 70°C. [Styrene] = 0.8 mol/L; [KPS] = 0.005 mol/L; [KBrO₃] = 0.001 mol/L; [HClO₄] = 0.001 mol/L; [NaNO₂] = 0.001 mol/L; [H₂O] = 0.09 mol/L.

Danzig, Domnikswall Nr. 12

Königsberg i. Pr., Weidemann 4
Fernsprecher Nr. 4135
Danzig, Altenteichsch. Graben 1930
Fernsprecher Nr. 1756

== Wäscheabtrieb ==
Fahrlässiger in Herrensache und Straftat.

IMPORT **Hofpiazza Nr. 29** **EXPORT**
 Fernsprecher Nr. 5374 und 5354
Cereale, Mehl, Backwaren, Hülsenfrüchte, Samen, Kolonialwaren

H. BAFFEE & CO.
Telephon 783 in Rottum und Fabrik: Gr. Schwallbengasse 34
Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

IMPORT	Textilwaren	EXPORT
DANZIG	FRANKFURT a. M.	
Engpass No. 114	Kamerunale No. 11	
Telephon: Danzig No. 565	Telephon: Mainz No. 4113	
Telegr. Adress: Danzig	Telegr. Adress: Bonnmain	

Vertrieb der Firma S. BERNHARDT, London E. C. 1, 21, Redcross Street
 Schöne Lager in **DANZIG, POZNAN, KRAKOW, Lwow**

Vorstadischer Graben 1a
Kurz- und Wirkwaren-Großhandel

Danzig, Neumarkt 4

Schürzen- und Wäschefabrik

— DANZIG —
Friedrichs Nr. 154
— Telefon Nr. 3140 —

Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros